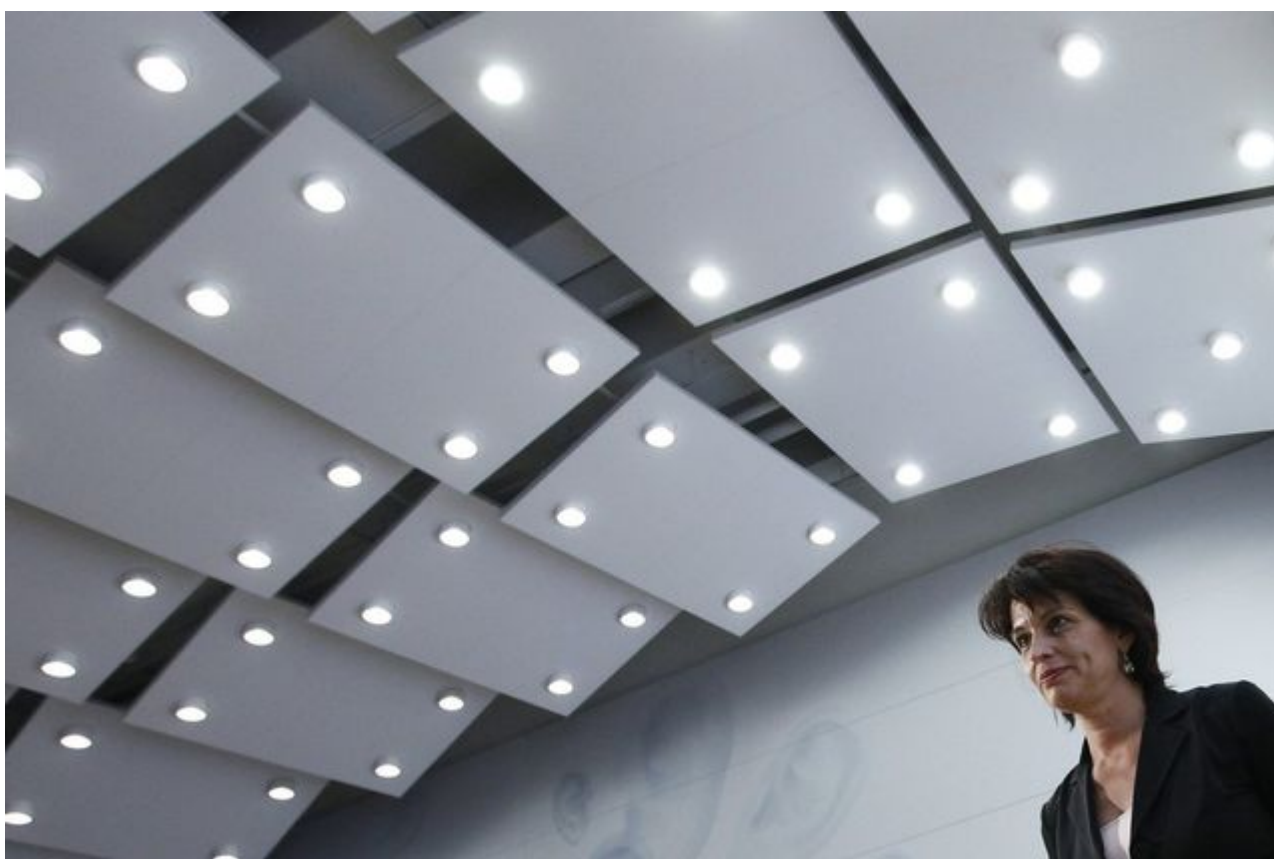


«Der Vorschlag des Bundes ist lächerlich tief»

Von **Hubert Mooser**. Aktualisiert vor 32 Minuten **19 Kommentare**

Strom aus Sonne, Wind, Geothermie, Biomasse und Wasserkraft: Erreichen wir mit dem Gesetzesentwurf aus dem Departement Leuthard den Sprung ins neue Energiezeitalter? Das meinen die Experten dazu. Teil drei der exklusiven Serie von Tagesanzeiger.ch/Newsnet.



Ein wesentlicher Teil der Energie soll von oben kommen: Bundesrätin Doris Leuthard.
Bild: Keystone

Die Serie

Teil 1: Der brisante Plan der Energieministerin

Wie die Energieministerin sicherstellen will, dass der Schweiz nach dem Atomausstieg 2034 nicht der Strom ausgeht. Das Nachsehen haben Umwelt- und Heimatschutz.

Diesen Herbst will Energieministerin Doris Leuthard (CVP) das neue Energiegesetz in die Vernehmlassung schicken. Darin sind erstmals die gesetzlichen Leitplanken konkret dargelegt für den Ausstieg aus der Atomenergie und die Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmassnahmen. Bis das Gesetz in Kraft tritt, dürfte es noch die eine oder

Teil 2: Wer Geld für Solaranlagen erhalten soll

Lesen Sie, wie Bundesrätin Doris Leuthard Strom aus erneuerbaren Energieträgern vergüten und wie sie die grossen industriellen Stromkonsumenten entlasten will.

Teil 3: So reagieren Politik und Verbände

Der brisante Plan der Energieministerin rüttelt Bundesbern auf. Die Replik der Experten am Donnerstag auf Tagesanzeiger.ch/Newsnet.

Artikel zum Thema

Der brisante Plan der Energieministerin Wer Geld für Solaranlagen erhalten soll

Teilen und kommentieren

BLOG



andere Korrektur geben. Tagesanzeiger.ch/Newsnet hat diese Woche wesentliche Elemente aus dem Entwurf zum neuen Energiegesetz ausgebreitet (siehe Box).

Das Wichtigste in Kürze:

Strom aus Sonne, Wind, Geothermie, Biomasse und Wasserkraft soll bis Anfang 2035 mindestens 9500 Gigawattstunden (GWh) betragen, bis 2050 soll dieser Anteil auf mindestens 22'600 GWh ansteigen.

Bei der Wasserkraft will man die durchschnittliche Jahreserzeugung so ausbauen, dass sie bis 2035 bei 38'000 Gigawattstunden (GWh), heute 35'830 GWh, liegt. Der Verbrauch soll gegenüber 2009 bis zum Jahre 2035 um 30 Prozent reduziert werden, bis 2050 um 40 Prozent.

Der Ausbau der Photovoltaik wird kontingentiert, kleinere Solaranlagen (weniger als 10 KWh) sollen bloss noch einmalige Investitionsbeiträge erhalten.

Vorgaben als Bremsziel

Doch was sind diese Vorschläge tatsächlich wert? Der frühere SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner, ein Experte für erneuerbare Energie, findet, dass die Marschrichtung zwar stimmt. «Es ist das erste Mal, dass man in der Schweiz vernünftig plant.» Der Ausbau der erneuerbaren Energien auf 9500 Gigawattstunden bis 2035, wie vom Bundesamt für Energie (BFE) vorgeschlagen, hält Rechsteiner allerdings für sehr bescheiden. «Bis 2035 ist dreimal mehr möglich – ohne dass es irgendwen schmerzt», sagt der Autor des vielbeachteten Buches «100 Prozent erneuerbar».

Bleibe es bei diesen Ausbauzielen, dann sei das für die Branche kein verlässliches Signal, sagt auch Stefan Batzli, Geschäftsführer der Agentur für erneuerbare Energie und Energieeffizienz (AEE). Es sei für ihn unerklärlich, wie man ein solches Bremsziel vorgeben könne. Es entspreche in etwa dem, was an Projekten auf der Warteliste für die kostendeckende Einspeisevergütung sei. Mit anderen Worten: Alles, was man bis 2035 an erneuerbaren Energien zubauen wolle, ist heute bereits auf dem Tisch. Ideal wären laut Batzli ein jährlicher Zubau von 1000 Gigawattstunden, und das in den nächsten 20 bis 30 Jahren. «Diese Volumen kann unsere

Branche ohne Probleme stemmen», sagt er. Die Unternehmen würden dann auch in die entsprechende Ausbildung der Fachleute investieren.

Geringe Richtwerte bei der Solarenergie

Unzufrieden ist die Branche aber auch über die Richtwerte, welche das BFE in seinem Entwurf bei der Solarenergie anpeilt. Der einhellige Tenor in der Branche: Das Potenzial von Strom aus Sonnenenergie wird unterschätzt. Georg Klingler, Greenpeace-Experte für erneuerbare Energien, findet, der Vorschlag einer planwirtschaftlichen Kontingentierung beim Strom aus Photovoltaik beinhalte sogar am meisten Empörungspotenzial. Denn: «Vor dem Hintergrund, wie schnell die Schweiz Solarenergie ausbauen könnte, ist der Vorschlag des Bundes lächerlich tief.» So viel Strom aus Photovoltaik, wie er bis 2035 vorsehe, habe Deutschland allein im Dezember 2011 zugebaut. «Mit einem solchen Schneckentempo wird eine <Stromlücke> geplant, die Gaskraftwerke erst nötig macht», sagt Klingler.

Gegen Kontingente hätte Swissolar-Chef David Stickelberger im Grund genommen nichts einzuwenden – «wenn man damit schon in kurzer Zeit einen massgeblichen Beitrag an die Stromversorgung leisten kann». Dies sei aber bei einem Richtwert von 600 Gigawattstunden bis zum Jahr 2020 nicht möglich. Swissolar peilt einen Anteil von 20 Prozent Solarstrom bis 2025 an. «Aus BFE-Sicht soll der grosse Zubau an Photovoltaik aber erst nach 2020 stattfinden. «Eine solche Verzögerung ist unverantwortlich», kritisiert der Fachmann. Er findet es auch falsch, dass das BFE künftig für kleinere Anlagen bloss noch Investitionsbeiträge geben soll.

Keine realistische Alternative zu Gaskraftwerken

Reicht der vom BFE vorgegebene Zubau an Solar- und Windenergie, Biomasse und Geothermie für die Energiewende? Economiesuisse, der Dachverband der Wirtschaft, hat ganz andere Sorgen. Für Urs Näf, Energiefachmann von Economiesuisse, braucht es bei der Stromversorgung eine funktionierende Infrastruktur. «Die Diskussion darüber, wie man dies machen will, ist noch nicht zu Ende», sagt er. Wenn man keine realistische Alternative habe zu den Grosskraftwerken, dann ist das Risiko gross, dass man stundenweise im Winter keinen Strom mehr habe. Es laufe alles darauf hinaus, dass man am Ende die Kernkraftwerke durch Gaskraftwerke ersetzen müsse, weil die erneuerbaren Energien nicht in dem Ausmass liefern könnten, wie man das bisher geglaubt habe.

Näf ist damit ganz auf der Linie der grossen Stromkonzerne wie beispielsweise Alpiq. Hans E. Schweickardt, Verwaltungsratspräsident und CEO a. i. der Alpiq Holding AG, warnte kürzlich in einem Vortrag vor dem Rotary Club Zürich unter dem Titel: «Die neue Energiepolitik: Ein Schuss ins Blaue?» Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 sei kein Selbstläufer und könne Land und Einwohner erheblich mehr belasten als ursprünglich gedacht. Seine Hoffnung: Die neue Energiestrategie, bestehend aus Atomausstieg, ehrgeiziger Klimapolitik und massiver staatlicher Intervention, müsse noch bei der Verfassung, beim Volk und bei den Gerichten

vorbei. Dabei könne sie noch erhebliche Korrekturen erfahren. (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 09.08.2012, 15:32 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)